Redaktion, Verlag und Druck von R. Graßmann, Schulzenstraße 17.

Inserate: Die Petitzeile 1 Sgr.

Stettiner Zeitung.

Preis in Stettin vierteljährlich 1 Thlr., monatlich 10 Sgr., mit Botenlohn viertelj. 1 Thlr. $7\frac{1}{2}$ Sgr monatlich $12\frac{1}{2}$ Sgr.; für Preußen viertelj. 1 Thlr. 5 Sgr.

№ 33. Abendblatt. Sonnabend, den 20. Januar. 1866.

Deutschland.

Berlin, 19. Januar. An der Spitze der sämmtlichen Vorlagen steht der Antrag der Stände des Bütower Kreises auf allgemeine Einführung der Erhebung der Schlacht-Steuer nach dem Lebendgewicht des Schlachtviehes, Statt nach der Stückzahl. — In Bezug auf diesen Antrag hatte der Minister der landwirthschaftlichen Angelegenheiten Gutachten eingefordert. Es waren Gutachten eingegangen: von der ostpreußischen landwirthschaftlichen Centralstelle, von dem landwirthschaftlichen Central-Verein für Litthauen und Masuren, von dem Hauptverein der westpreußischen Landwirthe, von dem Haupt-Direktorium der pommerschen ökonomischen Gesellschaft, von dem baltischen Verein, von dem landwirthschaftlichen Central-Vereine im Regierungsbezirk Potsdam, von dem landwirthschaftlichen Verein für Frankfurt a. O. und vom landwirthschaftlichen Verein in Schlesien. Diese gutachtlichen Berichte sind dem Referenten des Landes-Oekonomie-Kollegiums, Herrn v. Weiher-Groß-Boschpohl, übergeben worden. Aus dem Referate ersieht man, daß sämmtliche Berichte, obschon sie die Ungleichheit der Steuer-Vertheilung anerkennen, die in der Erhebung nach Stücken Schlachtviehs liege, dennoch es für anräthlich halten, bei der jetzigen Praxis der Besteuerung zu verbleiben. Der Referent schließt sich dieser Ansicht an. — Eine zweite Vorlage betrifft die Verminderung der landwirthschaftlichen Ausstellungen. In der Ueberweisung dieser Angelegenheit an das Landes-Oekonomie-Kollegium spricht sich der Minister für die landwirthschaftlichen Angelegenheiten dahin aus, daß jährlich 2 größere landwirthschaftliche Ausstellungen in Preußen, abwechselnd nach den Provinzen, ausreichend sein würden, so daß jede Provinz nach 4 Jahren wieder von Neuem eine Ausstellung hätte. Der Referent über diesen Gegenstand, Hr. v. Nathusius-Hundisberg, schließt sich der Ansicht des Ministers an. — Eine dritte Vorlage bezieht sich auf die Aufhebung der sogenannten Wuchergesetze, einen Gegenstand, der von den verschiedensten Seiten bereits angeregt und besprochen worden ist. Der Minister für die landwirthschaftlichen Angelegenheiten hatte Veranlassung genommen, in dieser Frage aus den landwirthschaftlichen Kreisen Gutachten einzusenden. Es sind 14 Gutachten eingegangen, von welchen sich für die unbedingte Aufhebung der Beschränkung des Zinsfußes: 1) der Central-Verein für Ostpreußen, 2) der Central-Verein für Litthauen und Masuren, 3) der Central-Verein für Westpreußen, 4) die Centralstelle für Landwirthschaft und Gewerbe zu Sigmaringen und 5) der Bauernverein des Saalkreises, ausgesprochen haben. Für bedingungsweise Aufhebung erklärten sich: 1) der Central-Verein für den Netzdistrikt, 2) der Central-Verein für den Regierungsbezirk Frankfurt und 3) der Hauptverein zu Paderborn. Dagegen beantragten die Aufrechterhaltung der Beschränkung: 1) der Hauptverein zu Münster, 2) der Central-Verein zu Potsdam, 3) der schlesische Central-Verein, 4) der Baltische Verein, 5) der Minden-Ravensbergsche landwirthschaftliche Haupt-Verein und 6) der Dorf-Verein zu Tranz. — Außerdem hat der Central-Verein für Sachsen, sich beziehend auf einen früheren motivirten Bericht, angezeigt, daß von 11 Zweig-Vereinen sich 4 für unbedingte Aufhebung, 3 für eine bedingte und 4 für die Aufrechthaltung ausgesprochen hatten. Der Referent des Kollegiums über diesen Gegenstand, General-Landschafts-Direktor v. Rabe, schlägt dem Plenum vor, „sich für Aufrechthaltung der Beschränkung des gesetzlichen Zinsfußes auszusprechen." Sollte jedoch dieser Ausspruch nicht beliebt werden, „sich auszusprechen für Aufrechthaltung der Beschränkung für den Hypotheken-Kredit bis dahin, daß durch eine verbesserte Hypotheken-Ordnung, durch Erweiterung der ländlichen Kredit-Institute und Einrichtung von Tilgungskassen die Gefahr, welche aus deren Aufhebung dem Grundbesitz erwachsen könnte, vermindert werde." — Der Korreferent, Rittergutsbesitzer v. Herfort, stellt den Prinzipal-Antrag: „Die Königliche Staats-Regierung zu ersuchen, eine Gesetzes-Vorlage vorzubereiten, wonach bei Nichtkaufleuten der Zinssatz für Darlehne auf kurze Frist wie überhaupt von Diskonto-Geschäften an das Diskonto der Königlichen Bank gebunden ist, wenn dasselbe den landesüblichen Zinssatz überschreitet. Der eventuelle Antrag des Hrn. v. Herfort geht dahin: „Die Staats-Regierung zu ersuchen: 1) durch Deklaration des Art. IV. und des §. 272 des Handels-Gesetzbuches Grundbesitzer, welche in Verbindung mit der Landwirthschaft Zuckerfabriken oder Brennereien zum hohen Steuersatz betrieben, den Kaufleuten gleich zu achten. II. Eine Gesetzes-Vorlage vorzubereiten, wonach von Nichtkaufleuten andere wie gesetzliche Zinsen nur durch schriftlichen Vertrag stipulirt werden dürfen und daß jeder Schuldner das Recht hat, was durch keine Vertrags-Klausel zu alteriren ist, schon nach 6 Monaten dem Gläubiger zu kündigen, ohne daß derselbe der Kündibung widersprechen darf. — Außerdem bringt der Korreferent den Antrag ein, „die Königl. Staatsregierung zu ersuchen, vorbereitend für eine dermaleinstige Aufhebung der Wuchergesetze darauf Bedacht zu nehmen 1) auf die Einrichtung landwirthschaftlicher Kredit-Institute überall da in den Provinzen, wo diese bis zur Zeit noch fehlen; 2) auf die Reorganisition des Hypothekenwesens und namentlich die Erleichterung hypothekarischer Eintragung und endlich 3) auf die Errichtung einer größeren Zahl von Bank-Kommanditen und Privat-Bank-Anstalten.

— Die Verhandlungen des Landes-Oekonomie-Kollegiums haben heut ihren Anfang genommen und betheiligten sich sämmtliche Mitglieder desselben daran.

— Für die Abgg. Stadtgerichtsräthe Dr. Twesten und Dr. Eberty sind beim hiesigen Stadtgericht durch Verfügung des Justizministers die Gerichts-Assessoren Humbert und Hauptner während der diesjährigen Sessionsperiode zu Stellvertretern ernannt.

— Der bisherige Stadtrath Zacharias hat seine vor acht Tagen erfolgte Wiederwahl aus Gesundheitsrücksichten abgelehnt. Er gehört bekanntlich zu den Sieben, welche schon früher gewählt, aber von der Königlichen Regierung nicht bestätigt worden. Der Stadtverordnete Heyl hat dagegen jetzt brieflich die Annahme der neuerdings auf ihn gefallenen Wahl erklärt; auch der bisherige Stadtrath Meyer hat angenommen.

— Aus Valparaiso vom 18. November wird berichtet: Dem energischen Bemühen des hiesigen preußischen Konsuls Fischer ist es gelungen, den Admiral Pareja zu bestimmen, die von spanischen Kreuzern aufgebrachte Brigg „Elicea", welche dem Holsteiner Joh. Kröger gehört und unter chilenischer Flagge segelte, dem Eigenthümer unter der Bedingung zurückzugeben, daß das Fahrzeug sich sofort nach einem neutralen Hafen begebe. Der Admiral hat in einem Schreiben vom 13. d. M. an den Konsul Fischer erklärt, daß aus dieser Rücksicht kein Präzedenzfall hergeleitet werden dürfe. Das Schiff ist seitdem nach einem nicht blokirten chilenischen Hafen abgesegelt. Auch in einem andern Falle gelang es dem preußischen Konsul, dem hiesigen deutschen Kaufmann Gleim, welcher ein genommenes chilenisches Schiff beladen hatte, die Erlaubniß vom Admiral zu verschaffen, die Waaren wieder ausladen zu dürfen.

— In diesen Tagen ist von Preußens Vertreter in Japan, Konsul v. Brandt, an das Comité zur Gründung eines Militär-Kurhauses in Warmbrunn eine Summe von nahe an 500 Thlr., welche in Yokuhama von den preußischen oder unter dem Schutze unserer Flagge stehenden deutschen Kaufleuten gesammelt wurden, eingesandt worden. Die rege Betheiligung der Landsleute an jenem schönen Unternehmen liefert den Beweis, daß die Liebe zum Vaterlande und zu dessen Waffen tragenden Kindern nicht durch den Aufenthalt im fernen Osten gelitten hat; die reichen Gaben bekunden, daß Handel nnd Wandel daselbst im Aufblühen begriffen sind. Möge es in jeder Beziehung so bleiben.

— Von dem Vorsteheramt der Königsberger Kaufmannschaft ist unterm 12. Januar ein Schreiben an den Handels-Minister Herrn Grafen von Itzenplitz übersandt worden, in welchem schließlich, unter ausführlicher Begründung, das Gesuch gestellt worden ist:

„Die Königliche Bank hochgeneigtest anzuweisen, uns den Effekten-Lombard wieder wie früher zu gewähren, gesteigerter Geldfrage nur durch entsprechende Steigerung des Bankzinssatzes zu begegnen und letzterer nöthigenfalls wenigstens durch Suspension der Wuchergesetze volle Wirksamkeit zu verschaffen."

— Die Freilassung J. B. v. Schweitzer's aus der Untersuchungshaft betreffend, hat das Kammergericht, wie der „Soz.-Dem." meldet, „trotz ärztlicher Zeugnisse, welche eine längere Haft während des Winters für den Gesundheitszustand des Gefangenen als unzuläßig erklärten, einen abschlägigen Beschluß gefaßt."

— Aus Magdeburg schreibt man der „B. B.-Z.", daß die Berlin-Potsdam-Magdeburger Eisenbahn-Gesellschaft sich dem Kriegs-Ministerium gegenüber nunmehr bereit erklärt habe, eine halbe Million Thaler zum Umbau der Magdeburger Festungswerke im Interesse der Anlegung des dortigen Central-Bahnhofes beizutragen, daß man aber noch nicht genau wisse, in wiefern den Wünschen des Kriegs-Ministeriums dadurch vollständig werde entsprochen sein.

— Außer Herrn Classen-Kappelmann sind auch der „Köln. Ztg." zwei Anklagen zugegangen, die am 6. d. M. zur Verhandlung kommen. Eine derselben betrifft ein strafbares Inserat vom 20. Juli v. J.: Aufforderung zu einem öffentlichen Aufzuge u. s. w. die andere behauptet eine Beleidigung des Polizei-Präsidenten Geiger in seinem Beruf, begangen durch Veröffentlichung eines Schreibens von Classen-Kappelmann.

— Die dem Obertribunal vorliegende, die Verantwortlichkeit der Abgeordneten für ihre in der Kammer gehaltenen Reden betreffende Anklagesache gegen Twesten soll noch in der laufenden Woche zur Entscheidung kommen.

Posen, 18. Januar. Die „Pos. Z." schreibt: Dem am 9. d. in Rom zum Erzbischof von Posen und Gnesen präkonisirten Grafen Ledochowski ist vom Papste zugleich das Pallium verliehen worden, eine Auszeichnung, die nur Bischöfen verliehen wird, welche besonderen Eifer für den katholischen Glauben beweisen. Zum Postulator dieser Auszeichnung war vom Papste selbst ein Geistlicher aus der Provinz Posen, Ludwig v. Wolanski, der die geistliche Adels-Akademie in Rom besucht, gewählt. Er empfing das Pallium aus den Händen des Papstes mit dem Auftrage, es dem Erzbischof zu übersenden. Aus Belgien wird berichtet, daß schon am 14. Januar der König dem Grafen Ledochowski die Abschieds-Audienz ertheilt habe und daß der Graf unverweilt nach Rom gehen werde, um ehestens in Posen einzutreffen. Wie man hört, hat Ober-Präsident v. Horn auf Antrag des hiesigen Domkapitels zum würdigen Empfange des Grafen aus den ersparten Domherrngehältern die Summe von 1200 Thalern bewilligt.

In **Graudenz** wollte der Vormund Kaufmann Markus Lachmann seine Mündel durch den dortigen Rabbiner Dr. Rosenstein nicht trauen lassen, was den Vorstand der Synagogen-Gemeinde veranlaßte, sich beschwerdeführend an den Magistrat zu wenden. In Folge dessen erließ der Magistrat eine Verfügung an die Mutter der Braut, nach welcher dieselbe nicht berechtigt sei, die gedachte Amtshandlung durch einen andern Rabbiner verrichten zu lassen, es sei denn, daß Dr. Rosenstein hierzu ausdrücklich seine Einwilligung gäbe, in welchem Falle jedoch der Vorstand noch immer verpflichtet und berechtigt sein würde, die dem Dr. Rosenstein zustehenden Gebühren von der Mutter der Braut einzuziehen und an Dr. Rosenstein abzuführen. Diese nach Ansicht der Betreffenden nicht gerechtfertigte Einmischung der vorgedachten Behörde veranlaßte zu einem Rekurse an die Königliche Regierung zu Marienwerder, welche Behörde sofort eine Verfügung erließ, nach welcher dieselbe ganz anderer Meinung ist, als der Magistrat. „Wenn dem dortigen Rabbiner Dr. Rosenstein vertragsmäßig die Befugniß eingeräumt ist, alle im Synagogenbezirk vorkommenden Trauungen mit Ausschluß anderer zu vollziehen," heißt es darin, „so mag daraus, daß die Beschwerdeführerin ihre Tochter durch einen fremden Rabbiner trauen läßt, für den Dr. Rosenstein ein Civil-Anspruch an die Synagogengemeinde und für die letztere ein Regreßanspruch an die Beschwerdeführerin entstehen. Der Trauung selbst durch einen fremden Rabbiner entgegen zu treten, haben aber die Polizeibehörden nicht die Befugniß. Wir haben daher die Beschwerdeführerin hiernach anderweitig beschieden."

In **Magdeburg** hat die Stadtverordneten-Versammlung den Antrag, das Einzugsgeld aufzuheben und von der Erhebung desselben schon für das Jahr 1866 Abstand zu nehmen, mit 27 gegen 16 Stimmen abgelehnt.

Gotha, 18. Januar. Der Herzog beabsichtigt eine Reise nach den Kaukasusländern zu machen, um dort seinen Schwager, den Großfürsten Michael von Rußland zu besuchen.

Wien, 17. Januar. Die „Ostd. Post" versichert, es sei eine beschlossene Sache, daß demnächst eine österreichische Schiffs-Expedition nach China und Japan sich begiebt, um dort Handelsverträge abzuschließen und Handelsverbindungen anzuknüpfen. Das hierzu beorderte Geschwader soll aus den Fregatten „Schwarzenberg" und „Donau" unter dem Kommando des Kontre-Admirals Tegetthoff bestehen. Die Expedition soll auf zwei Jahre berechnet sein.

Prag, 15. Januar, Nun ist der längst verkündigte Antrag der Tschechen in Bezug auf die Universitäts-Kollegien von Dr. Ryger und 72 Genossen im Landtage eingebracht. Er lautet: „Der Landtag wolle beschließen, es werde an die Regierungen das Ersuchen gestellt, den Grundsatz der Gleichberechtigung beider Nationalitäten des Landes an der Landes-Universität in nachfolgender Weise durchzuführen: Für jeden Gegenstand, aus welchem die vorgeschriebenen Prüfungen (Rigorosen, Staatsprüfungen oder Prüfungen der Gymnasial-Lehramtskandidaten u. s. w.) abgelegt werden müssen, ist wenigstens ein Professor, welcher die festgesetzte Anzahl der Stunden in böhmischer Sprache vorzutragen hätte, und wenigstens Einer, welcher über denselben Gegenstand durch dieselbe Anzahl von Stunden in deutscher Sprache vorzutragen hätte, zu bestellen. Ausgenommen sind diejenigen Gegenstände, welche nur in lateinischer Sprache vorgetragen werden. Alle vorgeschriebenen Prüfungen können entweder in der böhmischen oder in der deutschen Sprache abgelegt werden, insofern deren Ablegung nicht in lateinischer Sprache vorgeschrieben ist. Sollte für irgend einen Gegenstand mit böhmischer oder aber deutscher Unterrichtssprache ein ordentlicher Professor nicht bestellt sein, so ist die Prüfung in dieser Sprache von dem für die Vorlesungen über denselben Gegenstand in derselben Sprache bestellten außerordentlichen Professor vorzunehmen."

Brünn, 16. Januar. Eine Wahlangelegenheit rief im mährischen Landtage eine sehr lebhafte und interessante Debatte über das Wahlrecht der Frauen hervor. Dr. Adamczik, Giskra und Ryger traten für das Recht der Frauen ein und verlangten Annullirung der ganzen Wahl. Berichterstatter Dr. Prazak erklärte es für ein trauriges Zeichen der Zeit, daß das Wahlrecht der Frauen überhaupt ein Gegenstand der Debatte im Landtage werden konnte, was großen Lärm auf der Linken hervorrief. Statthalter Baron Poche erklärte über eine Interpellation Adamcziks, daß er die diesfällige Ansicht der Regierung in einer der nächsten Sitzungen mittheilen werde; er für seine Person müsse sich gegen das Wahlrecht der Frauen zum Landtage erklären. Schließlich wurde der Antrag des Landtagsausschusses in namentlicher Abstimmung mit 47 gegen 37 Stimmen zum Beschluß erhoben und der slawische Kandidat Chmelarz ohne Rücksichtnahme auf die Frauenstimmen als Landtags-Abgeordneter zugelassen.

Ausland.

Paris, 17. Januar. Ein Herr, welcher mit Prim viel zusammen war, als derselbe sich vor einiger Zeit mehrere Monate hier aufhielt, erzählt von demselben, daß derselbe stets fieberhaft aufgeregt, immer unzufrieden, ruhmgierig und, stets das „Bessere" sehend, ein unerträglicher Kritiker und Feind des „Guten" gewesen. Prim war in Paris ein Löwe der Wintersaison, man lorgnettirte ihn bei allen ersten Vorstellungen, man lauschte auf seine Worte in den Salons, man beneidete und bewunderte ihn, wenn er im Bois de Boulogne die schönsten Rosse ausritt, ebenso im Fechtsaal bei Grisier, überall. Er wohnte sehr zurückgezogen in den Champs Elysées, las viel, war aber immer gestiefelt nnd gespornt. Bei dem berühmten Pferde-Juden Cremieux hat man ihn ein wildes Pferd mit seiner eisernen Faust bändigen sehen, bis es schweißtriefend, stöhnend und zitternd gehorchen mußte. Prim ist etwa fünfzig Jahre alt, damals hielt man ihn für einen tüchtigen Dreißiger. Er ist klein, mager, von düsterer Miene, harten Zügen mit einem sorgfältig gepflegten Bart, sein Antlitz ist unaufhörlich von Nervenzucken bewegt. Er raucht immer und zwar stets die besten Havannah-Cigarren.

London, 17. Januar. Das Kriegsgericht über die Mannschaft des Bulldog — des am 23. Oktober v. J. bei dem Angriffe gegen die haitischen Insurgenten in Cape Haitien in die Luft gesprengten britischen Kriegsschiffs — hat nach zweitägiger Sitzung in Devonport sein Urtheil gefällt. Es lautete dahin, daß der Kapitän Wake und der Schiffer Behenna sich der Nachlässigkeit schuldig gemacht hätten, als sie den „Bulldog" innerhalb der auf der Seekarte angedeuteten Marken kommen und auf den Strand laufen ließen; fernerhin seien keine genügenden Anstrengungen gemacht worden, das Schiff wieder flott zu machen, und endlich sei das Schiff voreilig zerstört worden. Der Kapitän erhält daher seine Demission von dem Schiffe und einen strengen Verweis; Be-

henna erhält einen Verweis. Das Gericht war weiter der Ansicht, daß die Lieutenants Way und Rougemont einen Urtheilsfehler begangen hätten, als sie dem Kapitän in dem Rathe, das Schiff zu zerstören, zustimmten; mit Ausnahme der Genannten aber sei das sehr befriedigende Verhalten der übrigen Offiziere und der Mannschaft mit ungetheiltem Lobe anzuerkennen. Die Untersuchung erstreckte sich nur auf die Umstände, welche den Verlust des Kriegsschiffes begleiteten, nicht auf die Vorkommnisse, die den Kapitän zu dem kriegerischen Auftreten gegen die haitischen Insurgenten veranlaßten.

— Ueber den Untergang des „London" wird aus London, den 17. Januar, geschrieben: Das Schiff gehörte der Firma Money Wigram and Son; es war auf der Fahrt von London nach Melbourne. Wir haben einstweilen nur einen kurzen telegraphischen Bericht aus Plymouth, dessen Kern folgender Rapport des ersten Ingenieurs John Greenhill ist, der sich unter den Geretteten befindet: „Wir verließen Plymouth (wo der Dampfer angelegt hatte) am 6. Januar. Am 7. stürmisches Wetter mit Regen, am 8. ebenso. Am 9. verloren wir Klüverbaum, Vorstenge, Bramstenge und Ober-Bramstenge, dazu in starkem Sturme das Backbord-Rettungsboot. Am 10., um 3 Uhr Morgens, legte das Schiff um, um nach Plymouth zurückzukehren. Fast um dieselbe Zeit spülte eine schwere See, welche gleichfalls den Steuerbord-Kutter zertrümmerte, das Steuerbord-Rettungsboot über Bord. Um Mittag, 46° 8′ n. Br., 0° 87′ w. L. (von Greenwich) fuhren wir durch heftige Wogen, welche die Luke des Maschinenraums wegrissen, so daß das Wasser eindrang und die Feuer löschte. Die Passagiere schöpften das Wasser mit Eimern aus dem Schiffe. 11. Januar: Der Sturm wächst, schwere Kreuzwogen stürzen über das Schiff. Während des ganzen Morgens strengten alle, die arbeitsfähig waren, sich an, das Leck in der Maschinenraum-Luke zu stopfen, doch umsonst. Ungefähr um 4 Uhr Morgens wurden 4 der Kreuzpforten eingestoßen; man versuchte sie zu stopfen, doch es zeigte sich unmöglich. Um 10 Uhr Morgens ließen wir die Steuerbord-Pinasse hinab; sie versank. Um 1 Uhr Nachmittags konnten wir das Schiff allmählich sinken sehen; es war schon bis zu den Hauptmastketten im Wasser. Um 2 Uhr verließen folgende Personen das Schiff in dem Backbord-Kutter: (werden die Namen dreier Passagiere: Wain, Munro und Wilson, des ersten, zweiten und dritten Ingenieurs, des Heizers, eines Midshipmans, des Unterbootsmanns, des Hinterdeckmeisters und neun untergeordneter Schiffsleute angeführt, im Ganzen neunzehn Männer). Kaum 5 Minuten, nachdem wir das Schiff verlassen hatten, sahen wir es untergehen, den Spiegel zuerst mit ungefähr 270 Personen an Bord, von welchen anzunehmen ist, daß sie alle umgekommen sind. Als wir abstießen, wurden noch zwei andere Boote fertig gemacht, jedoch zu spät. Die Genannten, die sich retteten, wurden von der „Marianople" aufgefischt und von dem Kapitän derselben, Carasa, mit größter Freundlichkeit behandelt. John Greenhill, Ingenieur."

Der „Telegraph" meldet noch, daß die Ueberlebenden 20 Stunden in dem Kutter vor dem Sturme einhertrieben, ehe die Hülfe kam, und einmal, als das Boot sich halb mit Wasser füllte, mit Mühe sich vor dem Versinken bewahrten. Die Pumpen des Dampfers waren bis zum letzten Augenblicke in Thätigkeit gewesen. — Die Längenbestimmung 0° 87′ W. ist ganz offenbar unrichtig angegeben, höchst wahrscheinlich statt 8° 7′ W. (von Greenwich oder 9° 32′ ö. L. von Ferro), in welchem Falle die schreckliche Katastrophe auf hoher See an einem Punkte nördlich von Corunna und westlich von la Rochelle stattgefunden hätte.

Kopenhagen, 16. Januar. Laut amtlicher Bekanntmachung werden in Zukunft Brief- und Frachtpostsendungen zwischen Dänemark und dem Herzogthum Lauenburg nach derselben Taxe berechnet werden wie Postsendungen nach und von Preußen. — In der ersten Reichtstagskammer hat der Amtmann Orla Lehmann eine Interpellation an den Kultusminister dahiu gerichtet, inwiefern es sich bestätige, daß in einer dänischen Kirche der Provinz Jütland unter der Znstimmung des höchsten Geistlichen deutscher Gottesdienst stattgefunden habe. Herr Lehmann dürfte indeß durch die erwähnte Interpellation kaum den erwünschten Erfolg erzielen, seitdem Bischof Daugaard in Ripen bereits die entsprechenden Zeitungs-Raisonnements, auf welche der Interpellant zurückgreift, widerlegt hat.

Nord-Amerika. Im Laufe des Jahres 1865 haben in Newyork 195,075 Einwanderer aus fremden Ländern die Küste betreten, 13,000 mehr als im Jahre 1864. Unter jener Gesammtzahl befinden sich 101,918 aus Großbritannien und Irland und 82,454 aus Deutschland.

— Im Jahre 1865 sind in den Vereinigten Staaten 183 Eisenbahnunfälle vorgekommen, bei welchen 335 Menschen getödtet, 1427 verletzt wurden. Der Dampfschifffahrt stießen 32 Unglücksfälle zu, durch welche 1788 Menschen umkamen und 265 Verwundungen davontrugen.

Süd-Amerika. Ueber den Selbstmord Pareja's schreibt die „Patrie": „Der Tod des Admirals Pareja ist offiziell konstatirt. Er erfolgte an Bord der Fregatte „Ville de Madrid", die seine Flagge trug. Uebertriebenes militärisches Ehrgefühl hat diesen tapferen und würdigen Offizier zum Selbstmorde getrieben. Man erzählt, daß die Nachricht von der Wegnahme der Goelette „Cavadonga" durch die chilenische Korvette „Esmeralda" den Admiral so in Verzweiflung setzte, daß ihn Niemand mehr zu beruhigen vermochte. Vergeblich stellten ihm seine Staabsoffiziere vor, daß der Verlust ohne Bedeutung sei, daß das spanische Schiff nur zwei, das chilenische aber achtzehn Kanonen gehabt habe, daß außerdem die „Cavadonga" überrumpelt worden sei — nichts vermochte ihn zu beruhigen; er hielt sich für entehrt, für verloren. Admiral Pareja stand in der Blüthe seines Alters. Er war ein tapferer, umsichtsvoller, gebildeter Mann und versetzte noch vor zwei Jahren, als er in seiner Eigenschaft eines Marine-Ministers die Tribüne bestieg, die Kammern durch den Glanz und die Gediegenheit seiner Beredsamkeit in Erstaunen."

Landtags-Verhandlungen.

(Abgeordnetenhaus.) 2. Sitzung. (Schluß.)

Der Abg. Twesten beantragt über die Behandlung des Budgets erst dann in die Berathung zu treten, wenn der von der Regierung vorgelegte Etat den Mitgliedern zur Einsicht vorliegt. — Abgeord. Osterrath und Stavenhagen beantragen: das Budget sofort der Kürze wegen an die Budgetkommission zu überweisen. — Abgeord. v. Henning spricht sich für den Twestenschen Antrag aus. Abgeord. Dr. Löwe (Bochum) desgleichen. Es handelt sich diesmal bei der Behandlung des Budgets um schwere Verfassungsfragen und darum ist es nothwendig, daß wir erst Einsicht in dasselbe nehmen. — Abg. v. Bockum-Dolffs. Je früher das Budget an die Budget-Kommission gelangt, desto besser, wollten wir so lange warten bis sämmmtliche Mitglieder in dem Besitz der Spezialetats wären, würden wohl noch 14 Tage darüber hingehen. Während wir unsere Pflicht thun wollen, würden wir Zeit verlieren. — Abg. Dr. Faucher für den Twestenschen Antrag. Das Haus muß sich erst informiren, um dann der Budget-Kommission Instruktionen geben zu können, wie sie das Budget behandeln soll. — Abg. Reichensperger spricht sich gegen den Twestenschen Antrag aus. Abg. Dr. Waldeck: Aus den Anführungen des Finanz-Ministers habe ich nichts entnehmen können, was mich veranlassen könnte, den Etat anders zu behandeln, als bisher. — Abgeord. Twesten: Ich ziehe meinen ersten Antrag zurück und beantrage auf Grund der §§. 16 und 17 unserer Geschäfts-Ordnung eine Vorberathung über die Behandlung des Budgets im Hause stattfinden zu lassen. Ich werde hierzu eben durch die Aufstellung des Budgets und das Verfahren der Regierung in dem abgelaufenen Verwaltungsjahre veranlaßt; den Beschlüssen des Hauses ist in keiner Weise Rechnung getragen worden, der Konflikt ist nicht abgeschwächt, sondern verschärft worden, denn die Regierung hat faktisch Ausgaben geleistet, welche dieses Haus ausdrücklich gestrichen. Uebergriffe in der gesetzlichen Gewalt im Wege Königlicher Verordnung haben stattgefunden und nach den Vorgängen in Oesterreich ist auch bei uns eine Lahmlegung der Verfassung und der öffentlichen Geschäfte des Landes zu befürchten; darum halte ich es für nothwendig in öffentlicher allgemeiner Versammlung zunächst zu berathen, ob und wie die Feststellung des Etats erfolgen solle. — Abg. Dr. Faucher spricht sich ebenfalls für den Antrag aus. — Abg. Dr. Waldeck. Eine gänzliche Prüfung des Etats in einer Vorberathung halte ich für ganz unmöglich, und darum stimme ich gegen den Antrag des Abg. Twesten, obgleich ich dessen Motiven mich vollkommen anschließe. Will Hr. Twesten aber dadurch belehren, so antworte ich ihm, wer seit 4 Jahren noch nicht belehrt ist, wird auch jetzt nicht belehrt werden. Wenn ich nicht das erste Recht der Landes-Vertretung, das Budgetrecht ausüben will, so weiß ich nicht was ich dann noch thun soll, wenn ich nicht mein Mandat niederlegen will. Den Antrag halte ich weder für sachlich noch geschäftlich empfehlenswerth. — Abg. Dr. Löwe (Bochum). Wir müssen auch den Schein vermeiden, als ob noch eine regelmäßige parlamentarische Arbeit von uns verrichtet werden kann, wir müssen sagen, daß in dem gegenwärtigen Zustande der finanziellen Lage des Staates noch weit weniger Garantie vorhanden ist, und darum müssen wir dem Volke sagen, daß es in dem gegenwärtigen, scheinbar verfassungsmäßigen Zustand noch rechtsloser und schutzloser dasteht in finanzieller Beziehung als bisher, und darum müssen wir unser Testament machen, wozu mir der Twestensche Antrag der geeignetste Weg zu sein scheint.

Abg. Schulze, (Berlin) für den Antrag. Die Budget-Kommission ist eigentlich nur die technische Kommission, und darum müssen wir die politische Seite des Budgets vorher in einer allgemeinen Versammlung beleuchten. Eine Vorberathung im Plenum ersetzt uns gewissermaßen eine Adreßdebatte und dadurch wird der Budgetkommission die Lage des Budgets weit klarer, als bei dem bisherigen Modus der Berathung. Abg. v. Forckenbeck für den Antrag Twesten. Derselbe ist lediglich formeller und jedenfalls nicht präjudizieller Natur. Wir können und dürfen uns nicht in die Stellung berathender Stände zurückdrängen lassen. Ich habe die Pflicht, die materiell gedrückte Lage derjenigen Gegend, aus der ich herkomme, offen und klar auszusprechen und dazu bietet die Vorberathung Gelegenheit. Zeigt das Abgeordnetenhaus, daß es dem Lande in dieser Weise Aufschluß geben will, so thut es seine Schuldigkeit und es wird im Lande von immensem Erfolge sein. — Abg. Graf Schwerin. Ich bin entschieden gegen den Antrag Twesten und die Ansichten seiner Vertheidiger. Ich halte ihn wohl für einen präjudiziellen, um so mehr, als es sich hier um prinzipielle Fragen von Wichtigkeit handelt. Ich halte diesen Weg, den Sie einschlagen wollen, für höchst gefährlich und warne Sie davor; halten Sie sich rein auf gesetzlichem und verfassungsmäßigem Wege. Das Budget bietet keine Gelegenheit znr Diskussion politischer Prinzipien, und darum empfehle ich Ihnen, auf dem früher betretenen Wege zu verbleiben. — Abg. Dr. Gneist, gegen den Antrag Twesten. Gerade um gerecht zu sein, dürfen wir einem präjudiziellen Antrage nicht zustimmen. — Abg. Winkelmann (Frankenstein) beantragt Schluß der Diskussion; derselbe wird angeommen. Bei der Abstimmung wird der Antrag Twesten abgelehnt und der Antrag Osterrath auf Ueberweisung an die Budgetkommission angenommen. — Der Finanz-Minister legt den Vertrag zwischen Preußen und dem Herzogthum Anhalt behufs Anschluß des letzteren an den Zollverein, ferner den Vertrag zwischen Preußen und Luxemburg wegen des Anschlusses des letzteren an den Zollverein, und endlich einen gleichen Vertrag zwischen Preußen 2c. und Bremen vor. Das Haus beschließt auf Antrag des Ministers über die Verträge in die Schlußberathung einzutreten. — Der Handels-Minister überreicht den Handelsvertrag mit Italien und den Schifffahrtsvertrag mit England und beantragt, dieselben den Kommissionen für Handel und für Finanzen zu überweisen. Ferner überreicht der Minister einen Entwurf, betreffend die Festsetzung des „Medizinal-Gewichts." Die ersteren beiden Verträge werden den von dem Minister gewünschten Kommissionen überwiesen, nachdem ein Einspruch des Abg. Dr. Frese ohne Folgen geblieben. Der dritte Entwurf soll erst gedruckt werden, ehe über seine geschäftliche Behandlung beschlossen wird. — Schließlich wird die Wahl des Abg. Fischbach für gültig erklärt und um $2\frac{1}{2}$ Uhr die Sitzung geschlossen. Nächste Sitzung Dienstag 1 Uhr.

Pommern.

Stettin, 20. Januar. Ueber den bereits in unserm heutigen Morgenblatte berichteten Mord erfahren wir so eben, daß der Mörder der 17jährigen Gaede, der Drechlergesell Wollenberg, bereits verhaftet ist und ein offenes Geständniß, anscheinend mit vieler Reue, abgelegt hat.

— Gestern Nachmittags hatte sich die Wittwe B. auf etwa eine Stunde aus ihrer Wohnung, Wallstraße 27, entfernt. Bei ihrer Zurückkunft erfuhr sie, daß sich ihr Dienstmädchen Bertha Schöning 17 Jahr alt, aus Stettin, welche erst am 2. d. Mts. bei ihr in Dienst getreten, mit einem großen Bündel entfernt habe. Die B. vermißte znnächst in der, bei ihrem Fortgange verschlossenen Wohnung ein Bund Schlüssel, wobei auch derjenige zu ihrem Sekretär. Als dieser durch einen Schlosser geöffnet war, stellte sich heraus, daß 400 Thlr. in Scheinen à 100 Thlr., 50 Thlr. in Tuten à 10 Thlr., etwa 20 Thlr. in verschiedenen Münzsorten, 4 Sparkassenbücher über zusammen 190 Thlr. und 4 Dokumente, wobei ein Hypothek-Instrument, gestohlen waren. Die des Diebstahls verdächtige Schöning wurde um $6\frac{1}{2}$ Uhr auf dem Bahnhofe, als sie ein Billet nach Berlin kaufen wollte, verhaftet und bei ihr die entwendeten Gelder und Werthpapiere bis auf ca. 20 Thlr. gefunden. Die Schöning hatte inzwischen für 25 Thlr. 1 Paletot, 1 Doublejacke, verschiedene andere Kleidungsstücke, 1 Handkorb und 1 Reisekoffer eingekauft. Sie hat sofort den Diebstahl eingestanden und angegeben, daß sie von der Küche aus durch ein Fenster in die Wohnzimmer der B. eingestiegen sei und mittelst der dort gefundenen Schlüssel den Diebstahl verübt habe. Bei der zur Haft gebrachten S. wurden noch einige andere Gegenstände vorgefunden, welche sie geständlich ebenfalls der B. nach und nach gestohlen.

— Gestern Vormittags $\frac{3}{4}$12 Uhr entstand in der Wohnung des Handelsmanns J. W. Gumpel, Mittwochstraße No. 1, ein Gardinenbrand.

— Heute Abend trifft ein Kommando des pommerschen Pionier-Bataillons Nr. 2 in der Stärke von 1 Offizier, 4 Unteroffizieren und etwa 50 Pionieren aus Schleswig in Berlin ein, wird für die Nacht einqnartiert, und gelangt morgen hier an.

*** **Anclam,** 19. Januar. Gestern wurden die Schiffs-Kapitäne Freudenberg jun. und Umnus in einem Segelboot in der Gegend von Schanzenberg umgesegelt; beide fanden in der Peene ihren Tod.

In der gestrigen Stadtverordneten-Sitzung wurde der Beigeordnete Stadtrath Peters einstimmig wieder gewählt.

†† **Cammin,** 19. Januar. Die Räudekrankheit der Schafe ist in letzterer Zeit, meistentheils in Bauerdörfern, in einem auffälligen Umfange hervorgetreten. Für eine Menge von Ortschaften des diesseitigen Kreises hat daher der Verkehr mit Schafen u. dgl. gesperrt werden müssen. Die Räude, wohl meist dem diesjährigen Futtermangel zuzuschreiben, ist bei gehöriger Anwendung der zutreffenden Heilmittel nicht schwer zu vertreiben; um so mehr ist es zu bewundern, daß in der Regel die Besitzer räudekranker Schafe gar nichts für Beseitigung der Krankheit thun. Für die Behörden bleibt nur übrig, auf die genaue Durchführung der Sperre zu sehen. Die Heerden der Gutsbesitzer werden weniger infizirt, weil letztere die Nachtheile, die ihnen durch die Sperre erwachsen, besser würdigen und daher der Krankheit nach Möglichkeit vorbeugen.

Vermischtes.

— In Birkholz bei Bernau wurde am Montag früh um 2 Uhr die Frau des Halbbauers Fritz Torge von einem Mädchen entbunden. Im Laufe des Tages währten die Wehen fort, und Abends fanden sich noch ein Knabe, ein Mädchen und wieder ein Knabe ein. Sämmtliche vier Kinder sind wohl, während die Mutter noch in sehr angegriffenem Zustande sich befindet. Die braven Leute verdienen allgemeine Theilnahme.

— Bei Philippeville (in Algerien) ereignete sich dieser Tage ein eigener Vorfall. Ein Gutsbesitzer in der Nähe dieser Stadt sah plötzlich des Abends einen großen Schatten im Garten. In der Meinung, es sei ein Ochse, den seine Leute ohne Aufsicht gelassen, sprang er hinab und schlug mit einem Stocke kräftig auf das Thier los. Ein wildes Gebrüll ertönte, aber es war kein Ochse, der dort promenirte, sondern ein großer Löwe. Derselbe setzte sich aber sonderbarer Weise nicht zur Wehr, sondern zog richtig, aber unter wüthendem Gebrüll ab. Der Gutsbesitzer, der seinen Schlag hatte wiederholen wollen, stand, als er einen Löwen erkannte, mit aufgehobenem Stocke wie versteinert da. Seine Leute, die herbeieilten, fanden ihn noch in dieser Stellung. Sein Schrecken war so groß, daß er noch 14 Tage nachher krank war.

— (Neue Spielregel.) Die Pariser geselligen Kreise haben eine bedeusame Maßregel beschlossen. Der „Jockeyklub", die Gesellschaft „Union", jene „Malesherbes" u. a. haben entschieden, daß in Zukunft nur mit baar Geld gespielt werden dürfe. Die Möglichkeit, auf Ehrenwort zu spielen, hat bedauerliche Folgen gehabt. Man nennt einen jungen Beamten mit 1500 Frs. jährlichem Einkommen, welcher 125,000 Frs. auf Ehrenwort verspielt haben soll.

Börsen-Berichte.

Stettin, 20. Januar. Witterung: schön. Temperatur + 8° R. Wind: SW.

Weizen behauptet, loco pr. 85pfd. gelber 64—70 Rt. bez., [mit Auswuchs 45—62 Rt. bez., 83—85pfd. gelber Januar-Februar 69 Rt. Gd., Frühjahr 72 Rt. bez., Mai-Juni 73 Rt. bez. u. Gd., Juni-Juli 74 Rt. Gd., Juli-August 75 Rt. Gd.

Roggen fest u. etwas höher, pr. 2000 Pfd. loco 48—$49\frac{1}{2}$ Rt. bez., Jan.-Febr. 48 Rt. Br., $47\frac{1}{2}$ Rt. Gd., Frühjahr $48\frac{3}{4}$, 49 Rt. bez., $48\frac{3}{4}$ Gd., Mai-Juni $49\frac{3}{4}$, $\frac{7}{8}$, 50 Rt. bez., Juni-Juli $51\frac{1}{4}$ Rt. bez., Gd. u. Br.

Gerste loco pr. 70pfd. schles. $38\frac{1}{2}$—$42\frac{1}{2}$ Rt. bez., 70pfd. Frühjahr $41\frac{1}{8}$, $\frac{1}{4}$ Rt. bez.

Hafer loco pr. 50pfd. 27—29 Rt. bez., 47—50pfd. Frühjahr $29\frac{1}{2}$ Rt. Gd.

Erbsen loco Futter- 48—49 Rt., Koch- 50—52 Rt., Frühjahr Futter- 51 Rt. Br., $50\frac{3}{4}$ Gd.

Rüböl wenig verändert, loco $16\frac{1}{3}$ Rt. Br., Januar $16\frac{1}{6}$ Rt. bez., Jan.-Febr. $15\frac{19}{24}$ Rt. bez., April-Mai $15\frac{17}{24}$, $\frac{19}{24}$ Rt. bez. u. Br.

Spiritus unverändert, loco ohne Faß $13\frac{7}{8}$, $\frac{5}{6}$ Rt. bez., Jan.-Febr. $13\frac{11}{12}$ Rt. Br., Frühjahr $14\frac{7}{12}$ Rt. Br., Mai-Juni $14\frac{5}{6}$ Rt. Gd.

Landmarkt.

Weizen 64—70 Rt., Roggen 47—50 Rt., Gerste 38—42 Rt., Erbsen 48—54 Rt. per 25 Schffl, Hafer 26—29 Rt. per 26 Schffl., Heu per Ctr. 30—35 Sgr., Stroh pr. Schock 10—14 Rt.

Berlin, 20. Januar, 1 Uhr 55 Min. Nachmittags. Staatsschuldscheine $88\frac{1}{2}$ bez. Staats-Anleihe $4\frac{1}{2}$% $100\frac{5}{8}$ bez. Berlin-Stettiner Eisenbahn-Akt. $133\frac{3}{4}$ bez. Stargard-Posener Eisenb.-Actien 96 Gd. Oesterr. Nat.-Anleihe $63\frac{7}{8}$ bez. Pomm. Pfandbr. $92\frac{3}{4}$ bez. Oberschles. Eisenb.-Aktien 175 Br. Wien 2 Mt. 96 bez. London 3 Mt. 6. $21\frac{1}{4}$ bez. Paris 2 Mon. $80\frac{7}{12}$ bez. Hamburg 2 Mt. $151\frac{1}{2}$ bez. Mecklenb. Eisenbahn-Aktien $75\frac{1}{2}$ Br. Russ. Prämien-Anleihe $90\frac{1}{8}$ bez. Russ. Banknoten $78\frac{1}{4}$ bez. Amerikaner 6% 70 bez.

Roggen Jan. $48\frac{1}{2}$ bez., $\frac{5}{8}$ Br., Jan.-Febr. $48\frac{3}{8}$ Br., $\frac{1}{4}$ Gd., Frühjahr $48\frac{1}{8}$, $\frac{3}{8}$ bez. Rüböl loco $16\frac{5}{12}$ Br., Jan. $16\frac{11}{24}$, $\frac{1}{6}$ bez., Jan.-Febr. $15\frac{5}{6}$ bez., April-Mai $15\frac{5}{6}$, $\frac{13}{24}$ bez. Spiritus loco $13\frac{11}{12}$ bez., Jan.-Febr. $13\frac{7}{8}$ bez. u. Br., Febr.-März $13\frac{23}{24}$, 14 bez., April-Mai $14\frac{7}{12}$ Br., $\frac{13}{24}$ bez.